

Ybbsstaler Wochenblatt

Organ der demokratischen Einigung

Nummer 3

Waidhofen a. d. Ybbs

Freitag, 16. Jänner 1948

Die Ereignisse in aller Welt

Das neue Jahr ist in politischer Beziehung erst im Anlaufen begriffen, denn noch nirgends haben wirklich wichtige Konferenzen stattgefunden oder schon zu einem greifbaren Ergebnis geführt. Diese „Ereignislosigkeit“ besagt jedoch nicht, daß das politische Weltgeschehen in ruhigeren Bahnen vor sich gehen wird, die vorhandenen Anzeichen lassen im Gegenteil eine erregte Zeit ahnen.

Innerhalb des Rahmens der U.N.O. hat die kleine Generalversammlung ihre Tätigkeit ohne Mitwirkung der slawischen Völker aufgenommen, aber sich noch vor Eingehen in die Debatte um das Vetorecht bis 15. März vertagt. Dieses Hinausschieben der Erörterung heikler Probleme hat jedoch nichts mit der Durchführung einmal gefaßter Beschlüsse zu tun, denn z. B. ist der Weltfriedensrat fest entschlossen, die Teilung Palästinas auch gegen den Willen der Araber durchzuführen. Die Kämpfe in Palästina werden immer erbitterter und die Araber schrecken auch vor militärischen Einfällen aus den Nachbarstaaten in das Gebiet von Palästina nicht zurück. Die Unsicherheit ist so groß, daß die Amerikaner ihre Konsulate durch eigene Marineinfanterie schützen wollen. Je näher der Zeitpunkt der tatsächlichen Teilung Palästinas und damit des Erlöschens des britischen Mandates kommt, desto bedrohlicher wird die Situation im Heiligen Lande.

In den Vereinigten Staaten hat der Kongreß seine Arbeit aufgenommen. Er muß nun über das Sein oder Nichtsein des Marshall-Planes entscheiden. Außenminister Marshall selbst verteidigte in einer viel beachteten Rede vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senates seinen Plan, der auch gegen den Widerstand der Sowjetunion und der kommunistischen Parteien durchgeführt werden müsse. Er verlangte die geschlossene Annahme oder Ablehnung des Planes. Noch vor seiner endgültigen Annahme und Durchführung — die Gegner des Marshallplanes im amerikanischen Kongreß werden zahlreicher — hat sich der Marshallplan zum politischen Angelpunkt auch der europäischen Politik herausgebildet. Seine Ablehnung durch die Sowjetunion, den Block der slawischen Länder und den kommunistischen Parteien auch der westeuropäischen Staaten geht vor allem darauf zurück, daß die Durchführung des Planes die Souveränität und Eigenstaatlichkeit der Marshallplanländer durch die Art der Überprüfung und durch die Beeinflussung der industriellen Erzeugung gefährden müsse. Trotz der Betonung der Vereinigten Staaten, daß eine Einmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten nicht in Frage komme, steht hier Ansicht gegen Ansicht. In Österreich, wo sich die Interessen der großen Alliierten so unmittelbar berühren, ist der Kampf zur Teilnahme am Marshallplan vom neuen entbrannt, da die Kommunistische Partei durch ihren Vorsitzenden, Nationalrat Koplenig, erklären ließ, daß sie eine entschiedene Gegnerin des Marshallplanes sei, da dieser im Widerspruch mit der Unabhängigkeit und Souveränität unseres Landes stehe. Es bleibt abzuwarten, ob es den Amerikanern gelingt, die Argumente der Sowjetunion zu entkräften und durch eine wirklich großzügige Hilfe die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der europäischen Länder zu beheben. Die Not, vor allem in Deutschland ist groß, die Hilfe müßte schnell erfolgen. In Westdeutschland wird die Ernährungslage von Woche zu Woche schlechter, die Hungerstreiks im Rhein- und Ruhrgebiet vermehren sich, dennoch wurde dort von der amerikanischen Militärregierung eine bevorstehende Kürzung der Rationen angekündigt. Auch das Verhältnis zwischen Großbritannien und der Sowjetunion ist trotz des Abschlusses des Handelsvertrages in politischer Hinsicht wegen des Kampfes um den Marshallplan schlechter geworden. Dies beweist vor allem die Rede des stellvertretenden britischen Premierministers Herbert Morrison, der sich trotz der bestehenden Differenzen um eine Annäherung der entgegengesetzten Standpunkte bemühte. Man nimmt an, daß der englische Außenminister noch einmal den Versuch machen wird, eine streng vertrauliche Aussprache zwischen den Staatsmännern der vier Mächte anzubahnen.

In Griechenland gehen die Kämpfe weiter und von beiden Seiten werden Erfolge ge-

Ministerrat beschließt Maßnahmen gegen Ablieferungsunwillige

Im Ministerrat vom Dienstag gab Bundeskanzler Ing. Dr. Figl einen eingehenden Überblick über die politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen. Ernährungsminister Sagmeister befaßte sich mit der Versorgungslage bei Erdäpfeln und Fleisch. Er teilte mit, daß die Erdäpfelversorgung, obwohl die Ernte wesentlich schlechter war als im Jahre vorher, befriedigend ist. Es habe bloß in Wien und Steiermark gewisse Schwierigkeiten gegeben. Zur Sicherstellung der Erdäpfelversorgung bis Ende April sind für Wien noch 18.000 Tonnen Erdäpfel notwendig, die unbedingt aufgebracht werden müssen. Er verwies darauf, daß die in letzter Zeit bei der Fleischversorgung entstandenen Verzögerungen auf die Minderablieferungen der Bundesländer Niederösterreich, Burgenland und Steiermark zurückzuführen sind.

Landwirtschaftsminister Kraus erklärte, daß 22.000 Tonnen Saaterdäpfel für den Frühjahrsanbau aus dem Auslande einge-

führt werden, daß aber deren Abgabe nur gegen entsprechende Rücklieferung von Erdäpfeln für den Konsum erfolgen wird.

Bezüglich der Fleischablieferung erklärte er, daß die Kontrollen mit aller Schärfe durchgeführt werden, Er stellte in Aussicht, daß eine gewisse Erleichterung eintreten werde, da der Futtermittelmangel in den nächsten Wochen zu einer Verringerung des Viehbestandes zwingen werde. Zur Aufbringung von Brotgetreide berichtete Minister Kraus, daß er am 8. ds. an alle für die Ablieferung verantwortlichen Stellen den Auftrag habe ergehen lassen, daß bei jenen Ablieferungspflichtigen, die bis zum 31. Jänner 1948 noch nicht 70 Prozent ihres Kontingents geliefert haben, mit den schärfsten Maßnahmen vorgegangen werden wird. Es wird in diesen Fällen ohne Rücksicht auf den Eigenbedarf die abzuliefernde Menge sichergestellt werden.

Der Ministerrat schloß mit den Berichten der einzelnen Ressortminister.

Neue Verbrauchergruppen in Niederösterreich

Bei einer Konferenz der niederösterreichischen Bezirksnährungsamtsleiter gab der Leiter des Landesnährungsamtes Niederösterreich, Regierungsrat Dworschak, eine Reihe von bevorstehenden Neuregelungen im niederösterreichischen Ernährungswesen bekannt.

Kaffeemittel und Bäckereien

Bei der Kaffeemittelzuteilung werden für je zwei Versorgungsperioden 25 kg Kaffeemittel aufgerufen werden. Der Verbraucher kann wahlweise für fünf Brotkleinabschnitte zu je 50 g entweder 25 kg Brot oder 25 Dekagramm Kaffeemittel beziehen. Der Auf Ruf für die Selbstversorger erfolgt erst in der 37. Zuteilungsperiode, da der Kaffeemittelbezug von einer einmaligen Ablieferung von 2 kg Brotgetreide, Gerste oder Mais pro Selbstversorger abhängig ist.

Von der 37. Zuteilungsperiode an wird die Lebensmittelkarte für Normalverbraucher zehn Kleinabschnitte mit je 1/2 kg Zucker aufweisen, so daß die Zuckerbäcker gegen Zucker-, Fett- und Brotkleinabschnitte Back- oder Süßwaren abgeben können.

Besserreihung

Das neue Einstufungsschema wird von der 37. Zuteilungsperiode an eine Anzahl von bedeutenden Besserreihungen bringen. Angestellte, die wenigstens zwei Drittel ihrer Dienstzeit im Außendienst sind, werden Arbeiterzusatzkarten erhalten, ebenso Angestellte an öffentlich und öffentlich-rechtlichen Anstalten mit anstrengendem Parteienverkehr und Entscheidungsbefugnis, ebenso die Lehrer während der Schulzeit. Hausgehilfinnen bekommen die Angestelltenzusatzkarte.

Schwerstarbeiter

Eine zahlenmäßig sehr beschränkte Gruppe von Arbeitern wird an Stelle von Schwerarbeiterkarten Schwerstarbeiterkarten erhalten, und zwar Bohr-, Lade- und Schlepperarbeiter sowie Mineure und Maurer im Stollen- und Schachtbau, Bleilöter und Schweißer bei besonders ungünstigen Arbeitsbedingungen, Caissonarbeiter und

meldet. Je stärker und offener die amerikanische Unterstützung wird, desto unzweifelhafter wird die Stellungnahme der slawischen Länder. Noch ist der „ernste Schritt“ der Anerkennung der Markosregierung nicht erfolgt, doch ist die Kominform bemüht, den Weg dazu zu ebnen. Auf dem Balkan gehen die Vorbereitungen zur Balkan-Föderation weiter. Ihr sollen Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Albanien und Ungarn angehören, Vorsitzender dieser Föderation soll Marshall Tito werden.

In China ist infolge der sich oft widersprechenden Nachrichten die Lage unübersichtlich, jedoch sehr ernst. Wenn auch die Truppen Marschall Kiangkaischeks die momentane Bedrohung von Mukden abwehren konnten, so stehen die kommunistischen Truppen nach Einnahme der wichtigen Weizengebiete von Tietsin. Obendrein wurde in Hongkong eine Gegenregierung für Süd-

Brunnenbauarbeiter bei ständiger Arbeit im Wasser weiter bestimmte Arbeitsgruppen in der chemischen Industrie, Flößer auf Gebirgsflüssen, Gasgeneratorenentschlacker, einzelne Gruppen in der Glasindustrie, wie Glasschmelzer und Glasbläser vor dem Glasofen, Holzfäller im Hoch- und Mittelgebirge über 950 Meter Seehöhe sowie auf Steilhängen, Kocherei-, Röst- und Sodaofenarbeiter in der Papierindustrie, Montagearbeiter bei Brücken- und Eisenhochbau bei besonders erschwerten Arbeitsbedingungen, Taucher und Torfstecher bei ständiger Grundwasserarbeit, Steinbrucharbeiter vor oder in der Wand. Untertagsarbeiter im Bergbau aller Art einschließlich der Aufsichtspersonen.

Schlechterreihung

Gegenüber diesen Verbesserungen muß jedoch eine Schlechterreihung bei manchen Beziehern von Schwerarbeiterkarten eintreten. Die bisherige Ausgabe von Schwerarbeiterkarten steht zu der Zahl der Arbeiterkarten, gemessen an anderen Bundesländern, in keinem tragbaren Verhältnis. Der Mangel eines richtigen Einstufungsschemas brachte es mit sich, daß die Anzahl der Schwerarbeiterkartenempfänger in Niederösterreich weit größer war, als hierfür tatsächlich Lebensmittel zur Verfügung gestellt wurden. Dies verursachte eine allgemeine Kürzung in der Zuteilung an alle Verbraucher, die nun wieder wegfallen kann.

Nachrichten

AUS ÖSTERREICH

Zu den Feststellungen, die das Landwirtschaftsministerium für die Aufbringung der Lebensmittel in den einzelnen Bundesländern kürzlich zur Verfügung stellte, nahm die sowjetische Agentur TASS Stellung. Unter anderem wird darin ausgeführt, daß die Viehablieferungen aus den westlichen Zonen nach Ostösterreich 1947 nur knapp

china ausgerufen, die pro-englisch und pro-russisch, jedoch anti-amerikanisch eingestellt ist. Nach der Ansicht bedeutender Politiker sollen die Tage des Kiangkaischek-Regimes in China gezählt sein, wohin allerdings die künftige Entwicklung führen wird, ist noch zweifelhaft, es sei denn, daß China zur Volksrepublik ausgerufen wird.

Die nächsten Monate werden in politischer Beziehung im Zeichen des Kampfes um den Marshallplan stehen, und zwar in Amerika selbst und in den europäischen Ländern — hier wird auch der große Gegenplan der zumindest wirtschaftlichen Zusammenarbeit der slawischen Staaten eine große Rolle spielen, schon deshalb, weil diese Länder im Zusammenwirken mit der Sowjetunion die sonst überall akute Lebensmittelkrise überwunden haben.

über 50 Prozent erfüllt worden seien, wodurch die Bevölkerung Wiens, Niederösterreichs und des Burgenlandes zu wenig Fett und andere wichtige Lebensmittel erhalten habe. Dieser Umstand und eine Reihe anderer Versuche, die Ernährungslage in Österreich künstlich zu verschärfen, hebe die Wichtigkeit einer Kontrolle über die genaue Einhaltung der Ernährungspläne hervor, schreibt die TASS-Agentur.

Das wirtschaftliche Ministerkomitee beschloß, im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres Benzin, Dieselloil und Schmieröl für Transportzwecke im Werte von 600.000 Dollar zu importieren. Mit Italien wurden Verhandlungen über den Ausbau der Wasserkraft im Ötztal und in Osttirol aufgenommen, die unverbindlichen Charakter tragen sollen.

Infolge der milden und feuchten Witterung ist die Stromversorgung günstiger geworden. An einigen Tagen in den Monaten Dezember und Jänner war es möglich, ohne Abschaltungen auszukommen. Die Disziplin der Stromverbraucher hat sich in der letzten Zeit gebessert, so daß mit einer klaglosen Stromversorgung im Rahmen der bestehenden Sparvorschriften für den Rest des Winters gerechnet werden kann.

Auch im Jahre 1948 soll wieder eine Pa-Ko-Aktion durchgeführt werden. Es wird jedoch dafür gesorgt, daß nur derjenige Kohle erhält, der die entsprechende Holzmenge selbst geschlägert hat. Man werde es zu verhindern wissen, daß Pa-Ko-Scheine zu 1000 und mehr Schilling auf den Schwarzen Markt verschoben werden.

Der Wert der Lieferungen aus dem Marshall-Plan für Österreich wird 713 Millionen Dollar betragen.

In Wien wurden im Jahre 1947 29 Morde und 4 Totschläge begangen. 13 Morde bleiben bisher unaufgeklärt.

Nach einem Bericht in den „Statistischen Nachrichten“ wurden im Jahre 1946 in ganz Österreich 13.423 Ehen durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen gelöst. Zum Vergleich sind die Zahlen von 1939 mit 8523 und von 1945 mit 4585 Scheidungen angeführt. Das sind trockene Zahlen, die zu denken geben.

Vor etwa einer Woche wurde bei Gresten ein Wiener Lastauto kontrolliert, auf dem sich zwei Kessel mit der Aufschrift „Achtung, Lebensgefahr!“ befanden. In den Kesseln entdeckte man 700 Kilogramm frisches Rindfleisch, drei frische Kuhhäute, 20 kg Beuschel, 14 kg Leber, drei Kuhköpfe sowie eine getrocknete Kuh- und eine getrocknete Kalbshaut. Die Schwarzschlachtungen waren im Haus eines Landwirtes von einem Fleischhauergehilfen aus Gresten durchgeführt worden. Die Beteiligten wurden verhaftet.

AUS DEM AUSLAND

Die amerikanische Flotte im Mittelmeer und in der Ägäis soll verstärkt werden. Die Entsendung amerikanischer Marineinfanterie in das Mittelmeergebiet wird als moralische Unterstützung der griechischen Regierungsarmee, aber auch der antikommunistischen Kräfte in Italien gewertet.

Am 4. Jänner ging die britische Herrschaft über Birma zu Ende. Das Land ist nunmehr ein freier republikanischer Staat mit selbständiger Verfassung.

Spanien will am Marshallplan für Europa teilnehmen.

General de Gaulle verlangte in einer großen Rede in St. Etienne zur Rettung Frankreichs sofortige Neuwahlen und Abschaffung des Parteiensystems.

In Paris wurde ein Abkommen über den wirtschaftlichen Anschluß der Saar an Frankreich unterzeichnet.

Demokratie

Rückblick und Ausblick

Nach dem Jahreswechsel möge unser unmittelbares Interesse auf politischem Gebiet, die Schaffung einer starken Demokratie in Österreich, einer kleinen Betrachtung unterzogen werden.

Das Alltägliche wird langweilig, wenn es nicht von Bedeutung ist, es wird zur Phrase, wenn es nicht verwirklicht wird, und es wird letzten Endes zum Hohn, wenn das Ergebnis aller Bemühungen in einer Angelegenheit von umfassender politischer Bedeutung null und nichtig ist.

Demokratie, die feste Grundlage für Volk und Staat, das Bollwerk gegen Faschismus

